

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

Der Bürgermeister informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass in den Jahren 2005 bis 2007 von der Verwaltung keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit gekauft wurden.

Nach kurzer Diskussion sagte der Bürgermeister zu, beim Landrat des Rhein-Sieg-Kreises als Dienstaufsichtsbehörde diesmal schriftlich zu erfragen, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten er eine andere Rechtsauffassung vertritt. Die Verwaltung wird diesbezüglich wieder auf die Fraktionen zukommen.